

## Internationale Rundschau

---

### Bericht über den Kongreß der AFL/CIO, Los Angeles, 8.-13. 12. 1977

Dieser AFL/CIO-Kongreß vermittelte den generellen Eindruck der Einigkeit. Keiner der eingeladenen Gastredner aus Kommunal-, Landes- und Bundespolitik — wobei solch prominente Politiker vertreten waren wie: Vizepräsident Mondale, Arbeitsminister Marshall, die Senatoren Humphrey und Moynihan, sonstige Vertreter öffentlicher Institutionen - übte Kritik an der AFL/CIO-Politik - im Gegenteil, alle betonten in überraschender Einmütigkeit, die Bedeutsamkeit der AFL/CIO und ihres Präsidenten George Meany, der seit über zwei Jahrzehnten an der Spitze dieser Organisation steht.

Zu der zumindest nach außen dokumentierten Einmütigkeit dieses Kongresses gehörte weiterhin, daß Meany in seinem Amt als Präsident sowie Lane Kirkland als Schatzmeister der AFL/CIO einstimmig für

weitere zwei Jahre bis zum nächsten Kongreß bestätigt wurden. Auch bei der Wahl der übrigen Vizepräsidenten im Vorstand der AFL/CIO wurde die von Meany präsentierte Vorschlagsliste ohne Widersprüche akzeptiert.

Einen publikumswirksamen Erfolg erzielte Meany durch die Präsentation von Bukovsky — sowjetischer Menschenrechtskämpfer -, der mit Hilfe der AFL/CIO vor einem Jahr aus russischen Gefängnissen entlassen wurde und sich derzeit in den USA aufhält. In seiner Rede vor dem Kongreß bezichtigte Bukovsky die Sowjetunion der Verletzung der Menschenrechte auch nach Unterzeichnung des Übereinkommens von Helsinki, wobei er verschiedene Beispiele nannte. Gleichzeitig kritisierte er heftig die Äußerungen verschiedener westeuropäischer, insbesondere britischer Gewerkschafter, die anlässlich von Besuchen in der Sowjetunion oder anderen Ostblockländern das kommunistische Regime als positiv hinstellten. Deutlich forderte er die AFL/CIO zur Fortsetzung ihres offenen Kampfes gegen die Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion auf.

#### *Zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*

Im Mittelpunkt der Kongreßentscheidungen stand eindeutig der Kampf gegen die

Arbeitslosigkeit. Hierauf war eine umfangreiche Entschließung gerichtet, die eine umfassende Wachstums- und Beschäftigungspolitik forderte: den verstärkten Einsatz der Wirtschafts-, Geld-, Kredit- und Steuerpolitik zur Herstellung der Vollbeschäftigung, direkte Arbeitsbeschaffungsprogramme im öffentlichen und privaten Sektor, öffentliche Investitionsprogramme, Verbesserung der Kaufkraft der Arbeitnehmer, Kontrolle der Unternehmens- und Bankenkonzentration, Beseitigung der Diskriminierungen beim Zugang zur Beschäftigung, Verstärkung öffentlicher Wohnungsbauprogramme, Beseitigung der Steuervorteile für Privatunternehmen — um nur die wesentlichsten Bereiche zu nennen. Viele dieser Forderungen sind in dem Vorschlag für ein Vollbeschäftigungs- und Wachstumsgesetz enthalten (*Humphrey-Hawkins-Bill*), dessen Verabschiedung von der AFL/CIO verlangt wird.

Als besonders fortschrittlich — vor dem Hintergrund der bisherigen weitgehend föderalistischen Sozialpolitik in den USA — sind die Entschließungen zur Reform des Systems der sozialen Sicherheit sowie der Einführung eines nationalen Gesundheitssicherungssystems zu bewerten. Bei der umfassenden Entschließung über das System der sozialen Sicherheit geht es vor allem um die finanzielle Sanierung durch allmähliche Erhöhung der einkommensabhängigen Beiträge. Darüber hinaus sind folgende Verbesserungen vorzunehmen:

- Anpassung der Leistungen an die Inflationsrate mindestens alle sechs Monate;
- Erarbeitung einer Definition für die Erwerbsunfähigkeit älterer Arbeitnehmer über 55 Jahre;
- Ermöglichung der vorzeitigen Pensionierung im Alter von 60 Jahren, wobei keine vollen versicherungsmathematischen Abschläge vorgenommen werden dürfen;
- Verbesserung und Ausdehnung der bestehenden Gesundheitssicherungsprogramme;
- Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme für alte, blinde und arbeitsunfähige Personen.

In einer gesonderten Entschließung wird die Einführung eines nationalen Gesundheitssicherungssystems gefordert. Bekanntermaßen gibt es bisher in den USA eine Vielzahl von Programmen für verschiedene Personengruppen, die sich zum Teil überschneiden bzw. verschiedentlich unzureichende Leistungen anbieten und übermäßig hohe Kosten verursachen.

Verschiedene Entschließungen fordern die Einführung einer einheitlichen nationalen Arbeitslosenversicherung, um die erheblichen Unterschiede und Verzerrungen in den Leistungen auszugleichen. Auf ein besonders starkes Echo bei den Delegierten stießen die Entschließungen zur Reform des Arbeitsrechts. Hierbei geht es vor allem darum, daß die bestehenden Gewerkschafts- und Tarifrrechte durch bessere Ausstattung der Gerichte sowie Erhöhung der Wirksamkeit der bestehenden Verfahren tatsächlich durchgesetzt werden können. Wie aus den vorgebrachten Klagen verschiedener Delegierter gegen Unternehmen, die eindeutig die Gewerkschafts- und Tariffreiheit mißachteten, hervorging, liegt hier ein erheblicher Problembereich der amerikanischen Gewerkschaftspolitik. Fast alle der als Gastredner eingeladenen Politiker gingen auf die Notwendigkeit einer derartigen Reform des Arbeitsrechtes ein. Von verschiedenen Delegierten wurde unter großem Beifall zum Boykott der Produkte von Unternehmen, die Gewerkschaften diskriminieren, aufgerufen.

#### *Internationaler Handel*

Am meisten fiel jedoch auf, wie sehr die hohe Arbeitslosigkeit in den USA den „unfairen“ Handelspraktiken der Partnerländer zugeschrieben wurde. Wie Meany in seiner Rede ausdrücklich hervorhob, müssen nationale beschäftigungspolitische Maßnahmen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ohne große Wirkung bleiben, solange sie nicht' durch scharfe Maßnahmen zur Bekämpfung des „unfairen“ Wettbewerbs aus dem Ausland ergänzt würden. Ohne Differenzierung nach einzelnen Ländern nannte er den Außenhandel einen „Guerillakrieg der

Wirtschaft", wobei die USA hinterhältig überfallen würden. Welche Gegenmaßnahmen hierbei zu ergreifen sind, enthält eine umfassende EntschlieÙung zum internationalen Handel. Hier werden sehr konkrete Empfehlungen gegeben. Regulierung von Importen, Verstärkung der Antidumpinggesetze, Beschränkung der Einfuhren aus Niedriglohnländern, Schutz gegen subventionierte Exporte, insbesondere aus kommunistischen Ländern, Verbesserung der internationalen Textil- und Faserabkommen, Aushandlung von Selbstbeschränkungsabkommen, Beseitigung von Steuervorteilen bei Auslandsinvestitionen der multinationalen Konzerne.

Dieses umfassende und differenzierte Arsenal protektionistischer Maßnahmen wurde von verschiedenen Einzelgewerkschaften, die selbst unter der Importflut und dem dadurch bedingten Verlust von Arbeitsplätzen zu leiden haben, eindringlich unterstützt.

Hervorzuheben ist, daß in der EntschlieÙung zwar auch eine Überprüfung und Verbesserung der Anpassungshilfen für Arbeitnehmer gefordert wird. Jedoch wird dabei ausdrücklich betont, daß derartige Anpassungshilfen keine Lösung für die Handelsprobleme der USA darstellen. Auch bei der dreigliedrigen Weltbeschäftigungskonferenz der IAO 1976 stellten die Zusammenhänge zwischen internationalem Handel und Beschäftigung einen wesentlichen Problembereich dar. Insbesondere von Gewerkschaftsseite ist dabei hervorgehoben worden, daß derartige Anpassungsmaßnahmen eine große Rolle spielen, soll die internationale Arbeitsteilung zugunsten der Entwicklungsländer verbessert werden, wie es von allen Delegierten grundsätzlich anerkannt wurde. Allerdings reicht es dann nicht mehr aus, daß Anpassungshilfen erst dann einsetzen, wenn bereits in den Industrieländern Arbeitsplätze durch die Ausdehnung des internationalen Handels verlorengegangen sind. Vielmehr müssen derartige Anpassungshilfen in Zukunft verstärkt aktiv und präventiv ausgestaltet und eingesetzt werden, d. h. es müssen

rechtzeitig alternative Arbeitsplätze in den Industrieländern nach den erforderlichen regionalen Schwerpunkten bereitgestellt werden, um Alternativen für die wegfallenden Arbeitsplätze zu schaffen. Dies wurde weder in der EntschlieÙung noch in den Beiträgen der Diskussionsredner erwähnt. Man zieht sich vielmehr auf das eingängige Argument zurück, daß durch Ausbeutung der Arbeitnehmer in Niedriglohnländern unfairer Wettbewerb erzeugt wird, der zu einem Verlust der Arbeitsplätze amerikanischer Arbeitnehmer führt.

Auch nach den umfangreichen Diskussionsbeiträgen während des AFL/CIO-Kongresses bleibt die Frage: Wie anders soll die internationale Arbeitsteilung zugunsten der Entwicklungsländer praktiziert werden? Unwiderrprochen bleibt die Forderung der AFL/CIO, daß gerade die Gewerkschaftsvertreter darauf hinarbeiten müssen, daß auch in Entwicklungsländern ein Mindestmaß an Arbeitsnormen erfüllt wird. Die Frage bleibt allerdings, wo die Grenzen zwischen „fairen“ und „unfairen“ Handelspraktiken gezogen werden sollen, wo mithin der Tatbestand des „sozialen Dumping“ infolge unzureichender sozialer Bedingungen vorliegt. Eine Verbesserung der gegenseitigen Verständigung, Abstimmung und Kooperation zwischen amerikanischen und westeuropäischen Gewerkschaften ist daher unerläßlich.

#### *Internationale Arbeitsorganisation*

Eine der KongreÙentschlieÙungen, die von der Internationalen für die Holzarbeiter Amerikas eingebracht wurde, fordert Präsident Carter auf, die Position der früheren Administration bezüglich der Austrittsdrohung aus der IAO zu überprüfen und die Mitgliedschaft der USA in der IAO fortzusetzen. Diese EntschlieÙung ist durch die Entscheidung Carters vom 5. November zum Austritt der USA aus der IAO als erledigt zu betrachten.

Während der frühere Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen und jetzige

Senator für New York, Moynihan, besonders dramatisch die Entscheidung der AFL/CIO sowie der US-Regierung, aus der IAO auszutreten, als einzig möglichen und richtigen Weg hinstellte, drückte sich der Vizepräsident Mondale bei seinen Bemerkungen über die IAO vorsichtiger aus. Er ließ zumindest

die Möglichkeit einer Entscheidung der US-Regierung und der AFL/CIO zu einer Rückkehr der Vereinigten Staaten in die IAO offen.

*Ursula Engelen-Kefer, Abt. Sozialpolitik des  
DGB-Bundesvorstandes*

---

## Tagungen

---

### Zum Stand der Gewerkschaftsgeschichte

Die Gewerkschaften sind heute anscheinend nur noch am Rande an der Erforschung ihrer Geschichte interessiert. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind die Impulse zur Beschäftigung mit der Gewerkschaftsgeschichte gewöhnlich von gewerkschaftsfremder Seite ausgegangen: Doktoranden und Hochschullehrer haben sich des Gegenstands wiederholt, kaum jedoch unter der Leitlinie eines Forschungsprogramms, angenommen; hieraus sind einige wenige Untersuchungen über einzelne Phasen der Gewerkschaftsgeschichte, über ausgewählte Probleme der Verbandspolitik, schließlich auch einige Verbandsmonographien entstanden. Von gewerkschaftlicher Seite werden dagegen noch immer die „runden“ Jubiläen der Gewerkschaftsgeschichte als Impulse einer historisch vertieften Selbstdarstellung genutzt<sup>1</sup>; ernsthafte Bemühungen um Klärung der Vergangenheit, ohne aus solcher Klärung einen unmittelbaren Nutzen für die tagespolitischen Auseinandersetzungen zu erwarten, sind bisher vereinzelt geblieben. Der mittelbare Nutzen: die Schaffung eines geschichtlich verankerten Gegenwartsbewußtseins um

die Rolle der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft und die Verbreitung und Vertiefung eines solchen Bewußtseins auch außerhalb der Gewerkschaften, außerhalb von Schulungen und Funktionärsbildung - diese weiterreichenden, nur im Kontakt mit der universitären historischen Forschung zu verwirklichenden Überlegungen haben bisher leider wenig Resonanz gefunden.

An Materialien für die Gewerkschaftsgeschichte fehlt es dabei nicht, auch wenn das ungedruckte Archivmaterial infolge der nationalsozialistischen Herrschaft vielfach stark dezimiert wurde. Informationen fließen in reicher Fülle aus der zeitgenössischen Gewerkschaftspresse, der Broschürenliteratur und vielen anderen Schriften bis hin zur allgemeinen Publizistik und älteren nationalökonomischen Forschung, aber auch aus dem regionalen und zentralen Archivgut der Verwaltungsbehörden. Vor allem die zahlreichen älteren, oft sehr umfangreichen Verbandsgeschichten sind heute Fundgruben zur Kenntnis der frühen Gewerkschaftsgeschichte. Sie signalisieren zugleich ein den älteren Verbandsführern unabdingbares Selbstverständnis: ihr Bewußtsein um die meist handwerklichen Traditionen der Gewerbe und um damit zusammenhängende Wertorientierungen; ihre Erfahrungen opfervoller Solidarität im Kampf für fundamentale staatsbürgerliche Rechte, für soziale Sicherheit und demokratische Partizipation; ihr Wissen um die Kontinuität gewerkschaftlichen Strebens um Anerkennung und Unabhängigkeit von den Anfängen an; ihre Überzeugung von der umfassenden zivilisatorischen Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung als mitgestaltender gesellschaftlicher Kraft.

---

<sup>1</sup> Vgl. die Kritik von Gerhard Beier: Glanz und Elend der Jubiläumsliteratur, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 19 (1968) S. 607-614.

Die Lücken in der Kenntnis der Gewerkschaftsgeschichte sind zahlreich. Von manchen Verbänden und Organisationen ist nicht viel mehr als ihre Existenz überliefert; viele Probleme gewerkschaftlicher Organisation und Politik mit Fernwirkungen bis in die jüngste Zeit sind nicht erforscht, und über den Werdegang mancher der bedeutsamsten Gewerkschaftsführer sind wir kaum unterrichtet. Manche Phasen der Gewerkschaftsgeschichte entziehen sich bis heute der präzisen wissenschaftlichen Einschätzung, und dieser Informationsmangel scheint sich, paradox genug, noch zu vergrößern, je näher man der Gegenwart rückt. Wiederaufbau und Entwicklung der Verbände nach 1945 haben bisher nur ausnahmsweise Interesse in der historischen Forschung gefunden. Manche Fehleinschätzungen über die Rolle der Gewerkschaften in der modernen Gesellschaft mögen hierin eine ihrer Wurzeln haben.

Ein Mangel der bisherigen Gewerkschaftshistoriographie hat gewiß in ihrer methodischen Beschränkung im wesentlichen auf organisations- und ideologiegeschichtlichen Problemen gelegen. Das Verständnis der Entwicklung der Arbeiterschaft unter dem Einfluß der Industrialisierung, diese unerläßliche Vorbedingung, um die Notwendigkeit und Zwangsläufigkeit gewerkschaftlicher Konstitution und die Grundzüge gewerkschaftlicher Entwicklung aufklären zu können, ist bis heute über Anfänge in einigen Pionierstudien nicht hinweggekommen. Gewerkschaftsgeschichte bedarf daher der Einbettung in eine umfassende Geschichte der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung seit Beginn der Industrialisierung<sup>2</sup>; eine ausschließlich organisations-, programm- und ideologiegeschichtliche Sichtweise im Sinne der bisher überwiegenderen Literatur muß vermieden werden. Die Entwicklung der

ländlichen, handwerklichen und industriellen Arbeiterschaft, ihre Zusammensetzung und betrieblich-gesellschaftliche Lage, ihr Denken und Verhalten muß daher im Vordergrund stehen. Erst aus diesen Voraussetzungen kann die Gewerkschaftsgeschichte im engeren Sinne, können Organisation, Politik und Ideologie der Gewerkschaften unter Einschluß ihrer Beziehungen untereinander und zu konkurrierenden Organisationen, zur Unternehmerschaft, zu Staat und Gesellschaft verstanden und erklärt werden.

Es ist dieser methodische Akzent, der die Beiträge und Diskussionen einer geplanten Konferenz mit dem Thema „*Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland von den Anfängen bis 1918*“ bestimmen soll. Ziel dieser Konferenz wird die Unterrichtung über den Stand der Gewerkschaftshistoriographie bis 1918 sein; dem Zeitraum seit 1918 soll eine spätere Konferenz gewidmet werden. Das Vorhaben wird unter der wissenschaftlichen Leitung der Professoren *Helga Grebing*, *Eberhard Kolb* und *Gerhard A. Ritter* von der *Historischen Kommission zu Berlin*, Abteilung für Geschichte der Arbeiterbewegung, veranstaltet. Schwerpunktartig werden drei Themenbereiche unter Beachtung einer über Deutschland hinausgreifenden, vergleichenden Perspektive behandelt werden:

- Entstehung und Entwicklung der Arbeiterschaft;
- Artikulations- und Protestformen der Arbeiterschaft;
- Gewerkschaftliche Organisierung.

Dies bedeutet im einzelnen:

1. *Entstehung und Entwicklung der Arbeiterschaft*: Herkunft, Zusammensetzung, Lage und Verhalten; Arbeitsplatz und Betrieb; Einkommen, Wohnung und kommunale Umwelt; Arbeiterbildung und Arbeiterbewußtsein; Mobilität und soziale Ungleichheit.

2. *Protest und Konflikt*: Formen individueller und kollektiver Artikulation; Konfliktgeschichte: Unruhen, Aufstände, ein-

<sup>2</sup> Methodische Probleme der Gewerkschaftsgeschichte erörtert ausführlich: Michael Schneider, Gewerkschaften und Emanzipation. Methodologische Probleme der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung über die Zeit bis 1917/18, in: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977) S. 404-444.

zelne Arbeitseinstellungen und Streikgeschichte; Konflikt und Organisation; Vereinswesen und Anfänge gewerkschaftlicher Organisation.

3. *Die Phase gewerkschaftliche Konstitution 1848-1890*: Entstehung der Gewerkschaften und Geschichte einzelner Verbände; rechtliche und wirtschaftliche Bedingungen der Gewerkschaftsentstehung; Rekrutierung und Organisationsformen; politisch-gesellschaftliche Repression und Sozialistengesetz; Phasen der Gewerkschaftsgründung; Dachverbände; parteipolitische Verbindungen.

4. *Die Gewerkschaften 1890-1914*: Lokalismus, Verbandsorganisation, Gewerkschaften in einzelnen Industrien, Generalkommission; christliche, liberale und gelbe Gewerkschaften; Gewerkschaften im Arbeitskampf, Schlichtung und Tarifwesen; Massenorganisation und Funktionäre; Frauen und Gewerkschaften; Unorganisierte; Parteien und Gewerkschaften; bürgerliche Gesellschaft, Unternehmerschaft, Staat und Gewerkschaften; Probleme des gewerkschaftlichen Reformismus; Bildungs- und Kulturarbeit der Gewerkschaften; Arbeitersekretariate und Gewerkschaftskartelle; Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweise.

5. *Die Gewerkschaften im Weltkrieg*: Wirtschaftliche und soziale Bedingungen; gewerkschaftliche Organisationen unter Burgfrieden und Hilfsdienstgesetz; Gewerkschaften und Rüstungsindustrie, Arbeitsgemeinschaft; betriebliche Organisationsform und Betriebsrätebewegung; Massenbewegungen und Streiks bis zur Revolution 1918/19.

6. *Methodische Probleme der Gewerkschaftshistoriographie*.

Die Konferenz soll im März 1979 mehrtägig in Berlin stattfinden und durch Vorträge, kürzere vorbereitete Diskussionsbeiträge und Podiumsgespräche organisiert werden. Von ihr sollen weitere Impulse zur Beschäftigung mit der Gewerkschaftsgeschichte ausgehen, und es liegt in der Absicht der Veranstalter, die Diskussion nicht nur auf die engere Fachhistorie zu beschränken, sondern das wissenschaftliche Gespräch möglichst auch durch themenbezogene Beiträge aus den Gewerkschaften zu befruchten.

*Wer sich daher durch einen Beitrag an dieser Konferenz beteiligen will, sollte diese Absicht möglichst bald (spätestens bis zum 1. 6. 1978) der Historischen Kommission zu Berlin, Abteilung für Geschichte der Arbeiterbewegung (Kirchweg 33, 1000 Berlin 38), mitteilen.* Interessenten werden gebeten, ein kürzeres Exposé, Hinweise auf bereits erfolgte Veröffentlichungen, gegebenenfalls auch bereits Manuskripte gleichzeitig einzusenden; es sollte auch angegeben werden, in welcher Form die Mitarbeit in der Konferenz beabsichtigt ist. Von sich aus werden die Veranstalter der Konferenz Wissenschaftler einladen, deren Forschungsvorhaben bekannt sind, um eine umfassende Bestandsaufnahme zu gewährleisten. Bis Anfang Juli 1978 soll über die endgültige Konferenzorganisation seitens der Veranstalter entschieden werden; die Konferenzbeiträge müssen bis zum 15. 1. 1979 schriftlich vorliegen. Die Veranstalter werden sich um eine Veröffentlichung dieser Beiträge bemühen.

*Dr. Klaus Tenfelde, Universität München*

---

## Buchanzeigen

---

*Adam, Hermann, Brauchen wir eine neue Wirtschaftspolitik. Bund-Verlag, Köln 1977, 134 S., 12,80 DM.*

Der Verfasser beschäftigt sich vor allem mit Fragen der Dauerarbeitslosigkeit, der Konzentration, der Inflation. Er untersucht ihre Ursachen, prüft die möglichen wirtschaftspolitischen Instrumente und untersucht zusammenfassend die Möglichkeiten einer neuen Wirtschaftspolitik. Seine Schlußthese: Verbindung von Globalsteuerung mit

dem strukturpolitischen Ansatz der Investitionslenkung und Ergänzung durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Eine relativ leichtverständliche Grundinformation.

*Bahl, Volker, Staatliche Politik am Beispiel der Kohle, Reihe „Forschung“. Verlag Campus, Frankfurt/Main-New York 1977, 376 S., 42-DM.*

Beispielhaft wird in einem Bereich der Wirtschaft — dem Energiemarkt — der Strukturwandel im Verlauf der Industrialisierungsentwicklung verfolgt. Das Zurückgehen und der zunehmende Druck auf bestimmte Strukturen, am Beispiel der Kohle auf der einen Seite und die Herausbildung „neuer“ rentablerer Industriebereiche am Beispiele vor allem des Öls auf der anderen Seite, stellen das Feld einer längerfristigen Auseinandersetzung dar - den sogenannten Industrialisierungskonflikt, der sich in der Bundesrepublik in erster Linie nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Beginn der 70er Jahre abgespielt hat. Auf diesen ökonomischen Hintergrund bezogen handeln staatliche Bürokratien zwischen wirtschaftlicher „Vorwärtsregulierung“ und dem Abfangen der sozialen Folgen. Das Auseinanderfallen der im Verlauf dieser Kohlekrise hervortretenden gesellschaftlichen Schwierigkeiten mit dem Hauptproblem des Verlustes des Arbeitsplatzes aufgrund der Freisetzungen und den diesbezüglich staatlich-möglichen Bearbeitungsmustern läßt die Frage nach alternativen Reaktionsmustern auftauchen, in deren Mitte die Industriegewerkschaften stehen. Es ist dabei von besonderem Interesse, den Weg der IGBE von ihrem Programm von 1958 mit der Forderung nach einem Energiewirtschaftsrat und der Überführung in Gemein-

eigentum bis hin zur „konservativen“ bloßen Soziallobby zu verfolgen — einen Weg, den dieser Strukturwandel diese Gewerkschaft „gelehrt“ hat. Angesichts immer neuer Strukturkrisen (z. B. Stahl u. a.) werfen diese Erfahrungen mit der Kohlekrise das Problem auf, inwieweit nicht gerade an die Organisationen der Gewerkschaften weit höhere Koordinationsanforderungen gestellt werden müssen, um nicht jeweils von neuem diesen Problemen einflußlos gegenüberzustehen. Ein Ansatz, der unter dem Stichwort „Wirtschaftsdemokratie“ weiterentwickelt werden müßte.

*Breidenstein, Gerhard, Internationale Konzerne, rororo, Reinbek bei Hamburg 1977, 6,80 DM.*

Dieses Buch versteht sich ausdrücklich nicht als eine Expertenstudie, sondern will, ausgehend von einigen exemplarischen Fällen in der Bundesrepublik, die Wirkungsweise und Macht der „Multis“ aufzeigen, um am Schluß der Frage nachzugehen, was man dagegen tun kann. Ein Arbeitsbuch für Schule, Gewerkschaften, politische Gruppen.

*Esters, Günter (Hrsg.), Nord-Süd-Politik. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1977, ca. 180 S., ca. 24-DM.*

Die einzelnen Beiträge dieses Bandes gehen zurück auf ein Gutachten zum Thema „Konsequenzen im Fall der Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung für die Konzeption der deutschen Entwicklungspolitik“ für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, wobei die Überlegungen der Autoren nicht die Auffassung des Ministeriums widerspiegeln. *vb/gl*

Mitteilung der Redaktion:

Am 15. Oktober 1977 ist Dr. Volker Bahl in die Redaktion eingetreten, der vorher beim DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz im Rechtsschutz gearbeitet hat. Von 1971 bis 1975 war Volker Bahl nach einem juristischen Studium an der Freien Universität Berlin mit dem Schwerpunkt Staats- und Verwaltungswissenschaften in der Forschung tätig.